

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(39. - öffentliche - Sitzung am 2. Oktober 2014)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015 - HG 2015 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1854](#)

- b) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2014 - 2018**

Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/1887](#)

*Der - mitberatende - Ausschuss behandelte den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten. Er nahm die **Einbringung** durch den Minister entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** durch. Anträge zum Haushalt wurden nicht gestellt.*

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über eine gewalttätige Auseinandersetzung in einer Asylbewerberunterkunft in Wolfsburg in der Nacht zum 25. September 2014**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung von Vorschriften über Verordnungen und Zuständigkeiten sowie zur Rechtsbereinigung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1468](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Plenum des Landtages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen von CDU und FDP, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 8 mit einer vom GBD mündlich vorgetragenen Änderung zu § 5 Abs. 1 Satz 1 anzunehmen.

Der Ausschuss verständigte sich auf einen schriftlichen Bericht. Als Berichterstatter benannte er den Abg. Ulrich Watermann (SPD).

4. **Ein unabhängiger Beauftragter für die Polizei statt einer Misstrauensstelle beim Staatssekretär des Innenministeriums**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1747](#)

Seitens der Mitglieder der CDU-Fraktion wurde eine mündliche Anhörung beantragt. Der Ausschuss lehnte diese Anhörung mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

Der Ausschuss empfahl dem Plenum des Landtages mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Der Abgeordnete der FDP-Fraktion begründete sein Abstimmungsverhalten damit, dass er auf der einen Seite dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen könne, es auf der anderen Seite aber auch ablehne, eine Beschlussempfehlung an das Plenum des Landtages zu richten, ohne zuvor die von der CDU-Fraktion erbetene Anhörung durchzuführen.

5. **Visafreiheit für türkische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ermöglichen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/1755](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu den Hintergründen der aktuellen Rechtsprechung des EuGH zum Ehegattennachzug.